



IEDF

**INTERESSENGEMEINSCHAFT
EHMALIGER DDR-FLÜCHTLINGE e.V.**

IG ehem. DDR-Flüchtlinge, Postfach 25 01 40, 68084 Mannheim

**Herrn Bundespräsident
Frank-Walter Steinmeier
c/o Dr. Oliver Schmolke
Spreeweg 1**

10557 Berlin

Postfach 25 01 40 · 68084 Mannheim
vorstand@iedf.de · www.iedf.de
www.flucht-und-ausreise.info

Amtsgericht Mannheim · VR 700231
Der Verein besitzt den Status der Gemeinnützigkeit.

Bank: IG ehem. DDR-Flüchtlinge
Deutsche Bank Mannheim
IBAN DE50 6707 0024 0043 7749 00
BIC DEUTDE33MAN

Mannheim, den 08.06.2022

„Ortszeit Deutschland“ – Der Bundespräsident im Gespräch mit Bürgern

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,

es ehrt Sie, dass Sie sich auf den Weg zu den Bürgern machen. Es sind schwierige Zeiten, und es ist eine Unruhe über die Menschen in unserem Lande gekommen. Das Vertrauen in die Weisheit der politischen Verantwortungsträger war bereits in den vergangenen Jahren keine Selbstverständlichkeit mehr. Pandemie und Krieg haben den Vertrauensverlust verstärkt.

Sie wollen erfahren, was die Bürger bewegt, sowohl im Osten als auch im Westen. Sicherlich konnten Sie neue Eindrücke in Ihren Amtssitz in Berlin mitnehmen. Auch wenn Ihnen qua Amt der Einfluss auf die Tagespolitik versagt ist, so wissen wir doch, dass Sie Möglichkeiten finden, Signale an die politischen Handlungsträger auszusenden.

Wir nehmen Ihre Aktion „Ortszeit Deutschland“ zum Anlass, uns noch einmal bei Ihnen in Erinnerung zu bringen. Am 19. November 2018 – Sie werden sich vielleicht erinnern - hatte ich die Gelegenheit, Ihnen von Menschen zu berichten, die einst aus der DDR geflohen waren, sich mit ihren Familien in der alten Bundesrepublik Deutschland eine neue Existenz aufbauten und nach vollzogener Wiedervereinigung von der Politik an den „Katzentisch“ verwiesen wurden.

Die „Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge e.V.“ (IEDF) vertritt diese Klasse von ehemaligen DDR-Bürgern, die mit Recht für sich in Anspruch nehmen können, an dem Sturz der SED-Diktatur mitgewirkt zu haben.

Primär geht es um die Tatsache, dass die Betroffenen um ihre nach geltendem deutschen Recht begründeten Altersversorgungen betrogen werden. Es ist nicht der Gesetzgeber, der angeblich dafür gesorgt hätte und dem der Vorwurf zu gelten habe. Nein, es sei eine politische Entscheidung gewesen. Wer diese aus welchem Grund und mit welchem Recht

getroffen haben mag, ist bislang ein Geheimnis der politischen Verantwortungsträger geblieben.

Sekundär – und das ist viel schlimmer – ist die konsequent betriebene Missachtung durch die Politik, die den Betroffenen zuteil wird.

„Ortszeit Deutschland“. Der Bundespräsident sucht die Nähe zu den Bürgern, indem er sich zu ihnen auf den Weg macht, stellvertretend nach Altenburg, Quedlinburg, Rottweil. Das ist lobenswert und war auch dringend notwendig.

Was die DDR-Flüchtlinge betrifft, die über ganz Deutschland verteilt sind, wäre eine solche Nähe ebenfalls wünschenswert. Diese herzustellen, ist recht einfach zu organisieren. Eine Vertretung der „Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge e.V.“ würde einer Einladung in Ihren Berliner Amtssitz gern Folge leisten.

Bitte geben Sie uns ein Signal.

Mit vorzüglicher Hochachtung,



Dr.-Ing. Jürgen Holdefleiß
(Vorsitzender IEDF)